

Sitzungsbericht 15.11.2022

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 15.11.2022 begrüßte Bürgermeister Joachim Bösenecker neben den anwesenden Ratsmitgliedern Revierleiter Markus Groß sowie einige Zuhörer.

Die Tagesordnung wurde vom Gemeinderat bestätigt. Ebenso wurde das Sitzungsprotokoll der Oktobersitzung bestätigt.

Eine Zuhörerfrage betraf Bedenken von Anwohnern für einen Nettomarkt am Ortsausgang Spechbach. Bürgermeister Joachim Bösenecker sagte, die Fläche sei vor etwa 20 Jahren als Sonderfläche „Einkauf“ im Flächennutzungsplan ausgewiesen worden. Später sei erfolglos versucht worden, im Gewerbegebiet Zuckerbaum einen Einkaufsmarkt anzusiedeln. Ob es zu einer Realisierung kommen wird, stehe derzeit noch nicht fest. GR Manfred Hafner bat darum die Bedenken der Anwohner bei späteren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Im nächsten Punkt der Tagesordnung ging es um den Forstbetriebsplan 2023.

Revierleiter Markus Groß teilte mit, dass der Holzeinschlag mit 3.900 Festmeter etwas unter dem Durchschnitt liege, da in den vergangenen Jahren wegen Sturmholz höhere Mengen angefallen sind.

Es wird mit Ausgaben von 238.300 € und mit Einnahmen von 314.800 € gerechnet.

Das beschert dem Gemeindehaushalt einen Überschuss von 76.500 €.

Er verwies auf die Waldbegehung am 28.10.2022, in dem die Einschlagsflächen, Jungbestände und die Entwicklung von Flächen nach den Stürmen von 1991 den Ratsmitgliedern erläutert wurden. In den Wortmeldungen der Fraktionen ging es um folgende Punkte: Im Wald sind verlässliche Planungen unerlässlich, 2023 soll nach Möglichkeit wieder eine Brennholzversteigerung durchgeführt werden. Das Buchenholz soll mit einem Preis zwischen 80 und 85 € angesetzt werden. Eine höhere Nachfrage nach Nadelholz wurde auf Nachfrage vom Förster bestätigt. Ebenso die Sperrung des Waldes in der trockenen heißen Sommerzeit zur Vermeidung von Waldbränden. Der Forstbetriebsplan für 2023 wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Für Sanierungsmaßnahmen im Ort war bisher das Ende 30.04.2023 vorgesehen. Damit aber weitere notwendige Sanierungsmaßnahmen im Ortskern ausführt werden können, wurde die Antragstellung auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums zur Förderung nach dem Landessanierungsprogramm bis 30.04.2025 beschlossen.

Das Thema Straßenbeleuchtung stand als nächstes auf der Tagesordnung.

Bedingt durch die Energiekrise müssen die Kommunen nach Einsparmöglichkeiten suchen. In Epfenbach wurde die gesamte Straßenbeleuchtung vor einigen Jahren schon auf LED umgestellt. So betrug der Jahresverbrauch vor dem Umstellung auf LED im Jahr 2012 noch 139.763 kWh, im Jahr 2022 wird mit einem Gesamtverbrauch von ca. 30.952 kWh gerechnet.

Eine komplette Abschaltung von 23 Uhr bis 5 Uhr morgens würde eine Stromeinsparung von 12.476 kWh pro Jahr bedeuten. Dies wäre aber nur mit Programmänderung und Kennzeichnung der Lampen möglich und würde Kosten von 17.000 € erfordern.

Wie in Gaiberg schon praktiziert, soll die Stärke der Beleuchtung leicht reduziert werden, aber an den Stunden der Beleuchtung soll sich nichts ändern. Hierfür fallen Programmierungskosten von 1.500 € einmalig an.

In den Wortmeldungen der Ratsmitglieder wurde aus Sicherheitsgründen die leichte Reduzierung favorisiert. Dem Verwaltungsvorschlag wurde einmütig entsprochen.

Für die noch durchzuführende Entsorgung von Teilresten des Aushubes des Rathausumbaus hatten zwei Firmen ein Angebot abgegeben.

Das günstigste Angebot kam von der Firma Wäsch, Eberbach, zum Preis von 33.224,80 €.

Seitens der Gemeinderäte wurde nachgefragt, ob die Transportkosten nicht schon in früheren Auftragsvergaben beim Rathausumbau berücksichtigt waren.

Bürgermeister Bösenecker gab zur Antwort, dass der schluffige Aushub nicht als Mutterboden verwendet werden konnte und es zur Zwischenlagerung kam. Der Gemeinderat vertagte zunächst die Entscheidung über die Auftragsvergabe an die Firma Wäsch. Nun soll das Material in Bezug auf eine mögliche Verwendung beim Rückhaltebecken Wanne-Hauspfad oder beim Außenlager nochmals geprüft werden. Danach wird dann weiter entschieden. Der Gemeinderat will aber bei der Materialprüfung beteiligt werden.

Zur Sitzung des Abwasserzweckverbandes am 1.12.2022 gab BM Bösenecker Hinweise zu Beträgen aus der Haushalts- und Jahresechnung.

Vorab sollen die Mitgliedskommunen die neue Verbandssatzung in ihren Gremien beraten und hierfür die Zustimmung geben.

Der Gemeinderat stimmte der Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes zu.

Der Gemeinderat nahm Kenntnis von den anderen Punkten der Tagesordnung.

Der Zweckverband Hochwasserschutz tagte am 17.11.2022 in Waibstadt.

Hier wurde der Gemeinderat vorab über Tagesordnungspunkte zum Haushaltsplan und zur Jahresrechnung informiert.

In der Merianschule ist seit einigen Jahren eine Einsatzstelle im Bundesfreiwilligen Dienst vorhanden.

Auf Vorschlag der Schule und der Verwaltung wird auch für das Schuljahr 2023 / 2024 eine solche Stelle angeboten. Für die Gemeinde fallen hierfür jährlich Kosten in Höhe von rund 7.800 € an. Gemeinderat Olaf Krebs meinte, man müsse mit Einsparungen beginnen und ist gegen den neuen Vertrag. Gemeinderat Manfred Hafner sagte, wenn der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule komme, benötige man die Helfer aus dem Bundesfreiwilligendienst. Karsten Emmerich meinte, die Gemeinde stelle mit dem

Stellengebot eine Leistung für die Bürger zur Verfügung. Die Abstimmung im Gremium ergab eine Mehrheit für die neue Stelle im Bundesfreiwilligen Dienst.

Im Bereich des evangelischen Kindergartens wurde die Erweiterung der Zeiten der Hausmeisterin von 2 auf 3 Stunden wöchentlich beantragt.

Das führt zu einer Kostensteigerung von jährlich 2.514,38 auf 3.771,56 €

Der Gemeinderat stimmte der Stellenanhebung aufgrund des Arbeitsanfalles zu.

Es kam eine Diskussion darüber auf, dass Bund und Land immer Rechtsansprüche auf Leistungen beschließen. Die Weitergabe von Finanzmittel von oben nach unten, folgt aber nicht immer automatisch.

Das belastet die Kommunen immer mehr. Die Bürgermeister des Rhein-Neckar-Kreises und der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises haben deshalb vor kurzem einen Brandbrief an die Landesregierung übersendet.

Dieser Brandbrief hat in den letzten Tagen insofern Wirkung gezeigt, dass sich das Land mit den Kommunen auf die Finanzierung der Kosten für die Flüchtlinge aus der Ukraine verständigt haben.

In den Bekanntgaben der Verwaltung informierte BM Bösenacker über Messergebnisse der KLIBA zum Energieverbrauch in Einrichtungen der Gemeinde.

Ein Radweg zwischen Epfenbach und Eschelbronn ist in das Mobilitätskonzept Radverkehr des Rhein-Neckar-Kreises aufgenommen worden.

In den Fragen aus dem Gemeinderat bat Friedbert Ziegler darum, dass die Gemeinde Obstbäume zum Abernten auch kennzeichnen solle, wie es Privatpersonen tun. Er meinte, das Obst sollte verwertet werden und nicht liegen bleiben und verrotten.

Herbert Ziegler